



Postulat

14/12 betreffend Planungsbericht „Operative Zusammenarbeitsprojekte zur Stärkung der Gemeinde Emmen“

I. Forderungen des Postulanten

1. Der Gemeinderat Emmen hat einen Planungsbericht auszuarbeiten, in dem insbesondere folgende Fragestellungen zu behandeln sind:
 - a) Für welche Gemeindeaufgaben kann Emmen gezielte Zusammenarbeitsprojekte anstreben?
 - Welche Gemeindeaufgaben könnte Emmen an eine andere Gemeinde, eine andere öffentlich-rechtliche Institution oder eine privatrechtliche Organisation übertragen?
 - Kann Emmen von anderen Gemeinden gegen Entschädigung Aufgaben übernehmen?
 - b) Welches wären die Vor- und Nachteile und die Auswirkungen solcher operativer Zusammenarbeitsprojekte, insbesondere für die Bevölkerung und die Gemeindefinanzen?
 - c) Wie könnten solche Projekte umgesetzt werden?
 - Mit welchen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Organisationen kann sich der Gemeinderat eine entsprechende Zusammenarbeit vorstellen?
 - Wie würde der Zeitplan für die Umsetzung der möglichen Massnahmen aussehen?
2. Der Planungsbericht ist dem Einwohnerrat Emmen zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Der Einwohnerrat entscheidet, in welchen Bereichen Zusammenarbeitsprojekte geplant werden sollen.

II. Begründung

Die Stimmberechtigten der Gemeinde Emmen lehnten die Volksinitiative „Ja zu Fusionsverhandlungen“ am 11. März 2012 mit 53.6 Prozent ab. Somit finden in absehbarer Zeit keine Fusionsverhandlungen zwischen der Stadt Luzern und der Gemeinde Emmen statt. Emmen bleibt eigenständig. Dieser Entscheid der Stimmberechtigten ist vorbehaltlos zu akzeptieren.

Die Eigenständigkeit schliesst aber nicht aus, dass die Gemeinde konkrete Zusammenarbeitsprojekte mit anderen Gemeinden oder anderen Organisationen prüfen darf. Emmen muss die Weichen für die Zukunft heute stellen. Gerade angesichts der finanziellen Aussichten der Gemeinde Emmen und der immer komplexeren Aufgaben sind deshalb zwingend Synergie-Potentiale zu suchen.

Bereits im Rahmen der Diskussionen im Emmer Einwohnerrat zur „Starken Stadtregion“ war die sog. Variante „Status quo plus“ eine Option: Anstelle einer Fusion soll die Zusammenarbeit gezielt auf einzelne Bereiche konzentriert werden. Nach Auffassung der Postulanten sollten dabei insbesondere folgende Bereich im Blickpunkt stehen:

- Gastrobetriebe
- Werkhof
- Steueramt
- Gemeindeinformatik
- Baubewilligungswesen
- Frei- und Hallenbad Mooshüsli
- usw.

Zudem hat der Gemeinderat zu prüfen, ob Emmen für andere Gemeinden – selbstverständlich gegen eine entsprechende Entschädigung - Aufgaben übernehmen kann. Es ist durchaus denkbar, dass sich solche Zusammenarbeitsprojekte sowohl für die Gemeinde Emmen als auch für das andere Gemeinwesen finanziell lohnen, da Synergie-Potentiale genutzt werden können. Als gutes Beispiel ist das regionale Zivilstandsamt zu erwähnen.

Damit sich der Emmer Einwohnerrat ein Bild über die Auswirkungen möglicher Zusammenarbeitsprojekte machen kann, ist die Erarbeitung eines Planungsberichts notwendig. Als Grundlage können auch nützliche Resultate aus den Fachgruppenberichten des Projektes „Starke Stadtregion“ dienen. Der Gemeinderat kann im Planungsbericht seine Strategie aufzeigen, wie die Gemeinde im Alleingang konkurrenzfähig bleiben will. Im Bericht ist insbesondere darzulegen, ob und wie die Bedürfnisse der Emmerinnen und Emmer angemessen berücksichtigt werden.

Emmenbrücke, 22. März 2012

Namens der CVP/JCVP Fraktion

René Gmür